Nr. 197.2023
12. Oktober 2023

Presse

Pressemitteilung
der SPD-Bundestagsfraktion

AG Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

# Wolfsabschüsse nach Rissen erleichtern, Artenschutz stärken

**Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat heute den Bundesländern neue Regelungen zum erleichterten Abschuss von Wölfen in Regionen mit erhöhtem Rissaufkommen vorgeschlagen. Künftig sollen Abschussgenehmigungen für 21 Tage in einem Umkreis von 1.000 Metern von der Rissstelle erteilt werden können, sobald ein Wolf in diesen Gebieten Weidetiere gerissen hat. Wichtig ist, dass die Weidetiere durch zumutbare Herdenschutzmaßnahmen geschützt waren. Die erleichterte Entnahme von Wölfen ist bereits nach dem ersten Riss und nach Überwinden des Herdenschutzes möglich.**

***Lina Seitzl**, zuständige Berichterstatterin:*

„Der Vorschlag der Bundesumweltministerin, den Abschuss von Wölfen zu erleichtern, wenn sie Herdenschutzzäune überwinden und Weidetiere reißen, ist mit dem europäischen Artenschutzrecht vereinbar und schafft Rechtssicherheit für alle Beteiligten, angefangen bei den Weidetierhalter:innen bis hin zu den unteren Naturschutzbehörden. Die Entnahme sogenannter Problemwölfe im Schnellverfahren fördert die Akzeptanz vor Ort und bietet eine praktikable Lösung, um mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit die Wölfe zu entfernen, die ernsten Schaden anrichten. Die Ausstellung der Ausnahmegenehmigung direkt nach einem Riss ermöglicht den Landesbehörden eine schnelle Reaktion. Für die Erteilung einer Abschussgenehmigung ist der DNA-Nachweis nicht erforderlich. Die Feststellung des schadenverursachenden Wolfes durch eine DNA-Analyse kann später erfolgen.“

***Carsten Träger**, umweltpolitischer Sprecher:*

„Der Vorschlag des Umweltministeriums kann schnell und ohne europäische oder nationale Rechtsänderungen umgesetzt werden und schafft eine solide Grundlage für ein regional differenziertes Bestandsmanagement des Wolfs. Damit werden auch Verbändeforderungen erfüllt. Die Vorschläge geben auch Weidetierhalter:innen Klarheit und Sicherheit. Es bleibt zu hoffen, dass die Länder diesem Vorschlag auf der nächsten Umweltministerkonferenz zustimmen werden.“

**Impressum**

Nr. 197.2023 / 12. Oktober 2023

Herausgeberin: Katja Mast
Redaktion: Albrecht von Wangenheim

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

SPD
Fraktion im Bundestag